Verantwortliche Redakteure.
Für den politischen Theil: C. Fontane,
für Feuilleton und Vermischtes: J. Steinbach,
für den übrigen redakt. Theil: J. Hachfeld,
sämmtlich in Posen.

Verantwortlich für den Inseratentheil: J. Klugkist in Posen.

Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung

Achtundneunzigster Jahrgang.

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, ferner bei Gust. Ad. Schleh, Hoflief., Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke, Otto Niekisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmsplatz 8, in Gnesen bei S. Chraplewski, in Meseritz bei Ph. Matthias, in Wreschen bei J. Jadesohn u. b. d. Inserat.-Annahmestellen von G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolf Mosse und „Invalidendank".

Nr. 128

Die „Posener Zeitung" erscheint wochentäglich drei Mal, anden auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Freitag, 20. Februar.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 80 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen

1891

Deutscher Reichstag.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

70. Sitzung vom 19. Februar, 1 Uhr.

Das Haus setzt die zweite Berathung des Arbeiterschutzgesetzes fort mit § 105i, wonach die Bestimmungen über die Sonntagsruhe auf Gast- und Schankwirthschaften, Musik- und Theateraufführungen u. dgl., sowie auf das Verkehrsgewerbe keine Anwendung finden; in diesen Gewerben aber können die Arbeiter zur Sonntagsarbeit nicht verpflichtet werden, außer bei Arbeiten, welche nach der Natur des Gewerbebetriebes einen Aufschub oder eine Unterbrechung nicht gestatten.

Ein gemeinsamer Antrag Dr. Gutfleisch, Dr. Hartmann, Letocha, Möller, Frhr. v. Stumm will ausschließen, daß durch kaiserliche Verordnung diese Gewerbe unter die allgemeinen Bestimmungen gebracht werden.

Ein Antrag Auer will den Arbeitern in diesen Gewerben eine ununterbrochene Ruhezeit von 36 Stunden in der Woche gewähren, die in jeder vierten Woche auf einen Sonn- oder Festtag fallen muß, ein Antrag Dr. Gutfleisch-Hähnle den Arbeitern im Verkehrsgewerbe an jedem dritten Sonntag 36 Stunden Ruhezeit.

Außerdem beantragt die Kommission eine Resolution an den Reichskanzler auf Förderung der Gewährung ausreichender Sonntagsruhe beim Eisenbahndienste, insbesondere auf möglichste Einschränkung des Güterverkehrs an Sonn- und Festtagen.

Abg. Klemm (k.) ist mit der Kommissionsfassung einverstanden, da das Bedürfniß des Publikums nach Erholung und Vergnügen eine Sonntagsarbeit in diesen Gewerben nothwendig mache. Indessen müßten nach Verabschiedung des Gesetzes die Landesregierungen durch reglementäre und gesetzliche Bestimmungen für eine größere Sonntagsheiligung sorgen. Für die Eisenbahnbeamten müsse auf jeden Fall möglichst für eine Erholung am Sonntag gesorgt werden. Eine große Erleichterung in dieser Beziehung werde sich schaffen lassen durch Beseitigung der üblichen Montagsviehmärkte, welche eine mißbräuchliche Ausdehnung der Viehtransporte an Sonntagen zur Folge haben.

Abg. Stolle befürwortet den Antrag Auer. Die Kellner hätten dasselbe Recht wie andere Arbeiter auf gesetzlichen Schutz. In Berlin würden die Kellner kontraktlich zum Sonntagsdienst verpflichtet, obgleich sie von ihren Arbeitgebern keine Bezahlung erhielten, sondern darauf angewiesen seien, durch Trinkgelder sich ihren Tagelohn zu verdienen. Vielfach würden die Kellner als Dienstboten betrachtet. Selbst in der Reichstagswirthschaft würden die Kellner nicht einmal bezahlt, obgleich der Wirth sämmtliche Stühle u. s. w. umsonst erhielte.

Geh.-Rath Wilhelmi giebt die schlimme Lage der Arbeiter in dem Gastwirthsgewerbe und den in ähnlicher Lage sich befindlichen Personen zu, bittet aber doch um Ablehnung der Anträge Auer und Gutfleisch. Die Verhältnisse seien so besonderer Art und so schwierig, daß sie sich im Rahmen dieser Vorlage gar nicht regeln ließen.

Abg. Dr. Orterer (Ztr.) spricht sich für die Kommissionsvorschläge und gegen alle Anträge aus.

Minister Frhr. v. Berlepsch giebt die Erklärung ab, daß die verbündeten Regierungen eine möglichst baldige Regelung der Arbeiterverhältnisse in den beregten Kategorien ins Auge gefaßt hätten, und zwar würde das am besten durch eine besondere Vorlage geschehen.

Abg. Merbach (Rp.) hält die durch die Resolution angebahnte Einschränkung des Güterverkehrs am Sonntage auch vom Standpunkte des Unternehmerthums für unbedenklich und wünschenswerth.

Abg. Schmidt (Elberfeld, dfr.) konstatirt daß die Berichterstatter in den Kellnerversammlungen, sozialdemokratische Führer, falsche, wahrheitswidrige Berichte aus der Kommission erstattet hätten, die sich in den Kellnerpetitionen wiedergefunden hätten. Redner begründet sodann den freisinnigen Antrag, der zunächst im Verkehrsgewerbe den Arbeitern eine Sonntagserholung gewähren wolle. Es handele sich da nur um das private Verkehrsgewerbe, da das staatliche Verkehrsgewerbe, die Post und Eisenbahnen, von den Bestimmungen der Gewerbeordnung nicht betroffen seien. Es wäre aber wünschenswerth, daß bei der allgemeinen Regelung auch das staatliche Verkehrsgewerbe nicht vergessen werde.

Abg. Bebel (Soz.) erwidert dem Vorredner, daß ein Irrthum über Kommissionsbeschlüsse sehr leicht unterlaufen könne. Er habe eine Kellnerdeputation aber schon von selbst auf den Irrthum in ihrer Petition aufmerksam gemacht. Bezüglich der Erklärung des Ministers befürchtet er, daß es mit dem Spezialgesetz etwas sehr lange dauern würde. Für das Schankgewerbe müsse aber auch ein ausreichender Schutz der Arbeiter gesichert werden, namentlich auch für das weibliche Personal. Hier wie im Verkehrsgewerbe sei die Arbeitszeit eine übermäßige. Da eine allgemeine Besserung dieser Verhältnisse auf keinen Fall vor Ablauf von Jahren eintreten werde, könnte der sozialdemokratische Antrag auch trotz der Erklärung des Ministers von Berlepsch nicht zurückgezogen werden.

Minister Frh. v. Berlepsch erwidert, daß der Bundesrath schon jetzt in der Lage sei, einer zu langen Arbeitszeit am Sonntage auch in diesen Gewerben entgegenzutreten. Es liege kein Anlaß vor, der Spezialgesetzgebung vorzugreifen.

Abg. Möller (nl.) ist ebenfalls der Ansicht, daß die Anträge Auer und Gutfleisch unnöthig seien.

Abg. Vollrath (dfr.) hebt die überlange Arbeitszeit der Pferdebahnbeamten sowohl in Berlin wie in Breslau hervor. Von Morgens 5 bis Nachts 12, 1 Uhr müßten die Angestellten in Breslau im Dienst aushalten und dürften nicht einmal einen Augenblick im Wagen Platz nehmen. Man könne auch ohne jede Störung des Pferdebahnbetriebes durch einfache Einstellung von mehr Personal den Angestellten eine Sonntagsruhe verschaffen. Die meisten Pferdebahngesellschaften seien finanziell dazu sehr wohl im Stande, die wenigen, die schlecht daran wären, seien verfehlte Spekulationen und müßten den Schaden tragen.

Abg. v. Vollmar (Soz.) bemängelt gleichfalls das unangebrachte Sparsystem der Verkehrsgesellschaften, dem das Haus durch Annahme des Antrages Auer ein Ende machen möge. Bei den Eisenbahnen, besonders in Sachsen, hingen die Unfälle nicht zum geringsten Theil von dieser zu großen Sparsamkeit ab.

Abg. Biehl (Zentr.) erwidert, daß in Süddeutschland die Verhältnisse lange nicht so schlimm seien, wie sie die Abgg. Bebel und v. Vollmar geschildert hätten. Die barbarische Behandlung der Berliner Omnibuskutscher gebe er zu. In München habe der Magistrat durch Drohung der Konzessionsentziehung die Pferdebahndirektion zur bessern Behandlung ihrer Angestellten veranlaßt. Der Berliner Magistrat solle diesem Beispiele folgen und nicht erst eine gesetzliche Regelung abwarten.

Abg. Stolle bestreitet dem Abg. Schmidt gegenüber, daß sozialdemokratische Führer den Kellnern wahrheitswidrige Angaben über die Kommissionsverhandlungen gemacht hätten.

Abg. Schmidt (Elberfeld) konstatirt zunächst, daß die Kellner als Gewerbegehilfen zu betrachten seien. Es sei falsch, daß die Kellner vielfach als Dienstboten behandelt würden. Die Namen der sozialdemokratischen Führer, die in der Versammlung im Zentralhotel die falschen Angaben gemacht hätten, seien in dem Organ der Sozialdemokraten „Vorwärts" zu finden, welches auch zuerst diesen ganz falschen Bericht über die Kommissionsverhandlungen veröffentlicht und drei Monate lang die darauf gegründete Bewegung geduldet hätte. Redner tritt entschieden der Legendenbildung entgegen, als ob der Arbeiterschutz ein Verdienst der Sozialdemokraten sei; daß er seit 12 Jahren nicht vorwärts gekommen sei, sei allein die Schuld des Fürsten Bismarck gewesen.

Abg. v. Vollmar erwidert, daß ohne die Sozialdemokraten noch keine Sozialpolitik vorhanden wäre.

Abg. Schmidt-Elberfeld verweist nochmals auf die kaiserliche Botschaft und die langjährigen Bestrebungen aller Parteien des Hauses. Der Reichshemmschuh sei ganz wo anders zu suchen.

Damit schließt die Diskussion.

Der Kompromißantrag Dr. Gutfleisch-Hartmann und Gen. (Ausschluß einer kaiserlichen Verordnung über Schank- und Verkehrsgewerbe) wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen, ebenso unter Ablehnung der Anträge Auer und Dr. Gutfleisch-Hähnle § 105i der Kommission und einstimmig die Resolution, ebenso ohne Debatte § 106, wonach Gewerbetreibende, welchen die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt sind, mit der Anleitung von Arbeitern unter 18 Jahren sich nicht befassen dürfen.

Hierauf vertagt das Haus die weitere Berathung auf Freitag 1 Uhr.

Präsident v. Levetzow stellt in Aussicht, am Sonnabend keine Sitzung abzuhalten, wenn die Berathung morgen bis § 114 kommen sollte. (Heiterkeit.)

Schluß 4¼ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

37. Sitzung vom 19. Februar, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Das Haus setzt die zweite Berathung der Einkommensteuervorlage bei § 31 (Voreinschätzungskommission) fort.

Der Paragraph wird unter Ablehnung eines konservativen Antrages v. Bismarck, der die Beschränkung der Kommissionsfassung, daß für jeden Voreinschätzungsbezirk nur eine Voreinschätzungskommission zu bilden ist, aufheben will, unverändert angenommen, ebenso die §§ 32 und 33.

§ 34 enthält die Bestimmungen über die Zusammensetzung der Veranlagungskommission. Die Kommissionsfassung sieht gleich dem Entwurf vor, daß der Landrath oder ein von der Regierung zu ernennender Kommissar den Vorsitz in der Veranlagungskommission haben soll.

Ein Antrag Enneccerus (nl.) will den Vorsitz des Landraths beseitigen.

Ein Antrag Rickert (dfr.) will außerdem auch dem Regierungskommissar nicht den Vorsitz zugestehen, sondern der Kommission die Wahl eines Vorsitzenden aus ihrer Mitte übertragen; als Staatskommissar soll ein steuertechnischer Beamter der Kommission beigeordnet werden. Zugleich will der Antrag auch die Bestimmung streichen, daß die Mitglieder der Kommission zum Theil von der Regierung ernannt werden können.

Ein Antrag Freiherrn v. Loë (Ztr.) u. Gen. will der Regierung gleichfalls das Ernennungsrecht von Mitgliedern der Kommission entziehen, sonst aber den Paragraphen unverändert lassen.

Abg. Dr. Enneccerus (natl.) erklärt, daß sein Antrag darauf abziele, den Vorsitz lediglich einem steuertechnischen Beamten zu übertragen. Die Geschäfte des Landraths seien jetzt schon sehr umfangreich, und das Interesse einer schnellen Durchführung der Steuerangelegenheit erheische darum, daß der Landrath den Vorsitz nicht übernehme. Dazu komme die politische Stellung des Landraths. Es würde Mißstimmung eintreten und Furcht vor Parteilichkeit des Landraths, namentlich wenn derselbe sich um ein Mandat für das Abgeordnetenhaus bewerbe. Der Landrath solle im Kreise eine Vertrauensstellung inne haben, und diese werde dadurch untergraben. Der Antrag Rickert trage dem Staatsinteresse keine Rechnung, die Stellung des Staatskommissars werde nach seinem Antrage eine verfehlte sein.

Geh. Rath Senfft v. Pilsach: Gerade die Stellung des Landraths berechtigt ihn zum Vorsitz in der Steuerkommission. Er ist nicht blos mit den Grundsätzen der allgemeinen Staatsverwaltung vertraut, sondern kennt auch die Verhältnisse von Land und Leuten seines Kreises genau. Bis jetzt ist der Landrath trotz seiner politischen Stellung noch immer der Vertrauensmann seines Kreises auch seiner politischen Gegner. Im Gegentheil würde das Ansehen des Landraths leiden, wenn man ihm eine Stellung nimmt, die er bis jetzt hat. Deswegen bitte ich den Regierungsvorschlag anzunehmen.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (freik.) erklärt sich entschieden gegen den Antrag Rickert, welcher für eine Sicherung der Rechte der Steuerpflichtigen keine Gewähr leiste. Gerade im Interesse einer gerechten Veranlagung und der Berücksichtigung der Staatsinteressen ist der Antrag Rickert abzulehnen, ebenso der Antrag Loë. Der Antrag Enneccerus ist überflüssig, da die Regierung die Vollmacht hat, zwischen dem Landrath und dem Steuerfiskal zu wählen. Es wird unzweifelhaft dazu kommen, wenn bereits genügend erfahrene Beamte nach einer Reihe von Jahren vorhanden sein werden, daß diese in der Regel den Vorsitz führen wird. Denn auf die Dauer wird allerdings der Landrath bei dem großen Umfang der Geschäfte und namentlich in Kreisen, in welchen die Gewerbesteuer einen großen Umfang hat, die Thätigkeit in der Steuerkommission nicht genügend ausüben können. Aber für die Uebergangszeit werden wir den Landrath nicht entbehren können.

Abg. Lotichius (lib.): Findet die Zusammensetzung der Veranlagungskommission in der von der Kommission vorgeschlagenen Form statt, so werden sich mit Nothwendigkeit Gegensätze bilden. Nach dieser Richtung bedeutet der Kommissionsantrag einen Rückschritt gegen das seitherige Ergebniß. Die größte Unzuträglichkeit wird sich aber durch den Landrath als Vorsitzenden ergeben; ich theile in dieser Beziehung durchaus die Bedenken des Abg. Enneccerus.

Abg. Graf Limburg-Stirum (kons.): Ich stehe auf dem Standpunkte der Kommissionsbeschlüsse. Auch ich glaube mit dem Abg. v. Zedlitz, daß der Landrath schließlich vom steuertechnischen Beamten im Vorsitz verdrängt werden wird, aber für die Uebergangszeit verlangt es die Vertrauensstellung des Landraths, ihm den Vorsitz in der Kommission zu lassen. Keinesfalls kann ich dem Antrage Rickert zustimmen, der den jetzigen Zustand nur noch verschlimmern wird. Die Beschlüsse der Kommission sichern eine genaue Durchführung der Deklaration. Wenn aber diese genaue Durchführung, wie dies durch die vorliegenden Anträge geschieht, verhindert wird, so wollen wir lieber gar keine Deklaration.

Abg. Dr. Krause (natl.): Ich bitte den Antrag Enneccerus anzunehmen. Die Vertrauensstellung des Landraths hat jetzt schon zu einem gewissen Mißtrauen geführt, indem die communis opinio dahin geht, daß bei der Einschätzung persönliche Rücksichten maßgebend sind. Allerdings theile ich nicht den Glauben, daß mit der Stellung des Vorsitzenden ein odium verbunden ist, in Sachsen ist die Stellung des Steuerinspektors fast ein beneficium, denn er wird zu allen möglichen Diners und Soupers eingeladen. Dagegen glaube ich, daß der Landrath nicht die steuertechnische Kraft ist, welche zu einer solchen Stellung nöthig ist; diese erfordert die ganze Kraft eines Mannes und kann nicht als Nebenthätigkeit wahrgenommen werden. Der Einwand, daß ein Mangel an solchen Beamten vorhanden ist, ist hinfällig, man denke nur an die große Anzahl wenig beschäftigter Regierungsassessoren.

Abg. Frhr. v. Huene (Ztr.): Der Kommissionsbeschluß bedeutet gegenüber der Regierungsvorlage einen Fortschritt im Sinne derjenigen, welche vorzugsweise gewählte Mitglieder haben wollen. Es müssen aber auch ernannte Mitglieder sein im Interesse der Unparteilichkeit. Ueber die Frage, ob der Landrath den Vorsitz führen soll, kann man zweifelhaft sein. In meiner Partei sind die Meinungen getheilt. Der Meinung des Frhr. v. Zedlitz bin ich aber nicht, daß es wünschenswerth sei, daß der Landrath schließlich ganz zurücktrete. Mir scheint dieser Beamte zu der Stellung eines Vorsitzenden noch immer am geeignetsten.

Abg. v. Loë (Ztr.): Ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen. Der jetzige Zustand ist zwar unhaltbar, aber das liegt nicht an den Personen, sondern an dem Gesetze, welches eine richtige Einschätzung unmöglich macht. Fiskalische Interessen können gegen meinen Antrag nicht geltend gemacht werden, diese sind schon durch die bisherigen Bestimmungen, durch die scharfen Bestimmungen über Deklaration genügend gewahrt. Daher ist nicht noch das Ernennungsrecht nöthig.

Finanzminister Dr. Miquel: Es ist ein Irrthum, zu glauben, daß es bisher nicht möglich gewesen ist, richtig einzuschätzen. Es wurde bisher oft bewußt unrichtig eingeschätzt, weil man einen Vergleich anstellte mit anderen Bezirken und sich sagte: wenn dort niedriger eingeschätzt wird, warum sollen wir uns höher einschätzen? Wenn die Kommission nur aus gewählten Mitgliedern besteht, dann kommt die Staatsregierung zu kurz. Bisher wurde mancher nicht in die Kommission gewählt, weil man sagte, der Mann schätzt zu hoch ein. Nun soll die Staatsregierung das Recht haben, solche Männer, die oft die Verhältnisse am genauesten kennen und am gewissenhaftesten sind, zu ernennen. Die Steuerpflichtigen kommen dabei nicht zu kurz, denn zwei Drittel der Mitglieder werden ja gewählt. Ich bitte also, die Kommissionsbeschlüsse anzunehmen.

Abg. v. Benda (natl.): Die Ansicht über den Vorsitz in der Steuerkommission ist selbst unter den Landräthen eine getheilte. Der Kommissionsbeschluß trägt beiden Ansichten Rechnung, indem er ins Belieben der Regierung stellt, ob sie einen steuertechnischen Beamten oder den Landrath zu dem Amte nehmen will. Einen großen Unterschied zwischen dem Antrag Enneccerus und dem der Kommission kann ich nicht anerkennen. Ich meinestheils entscheide mich für die Kommissionsbeschlüsse, obgleich der überwiegende Theil meiner politischen Freunde anders denkt.

Inzwischen ist ein Antrag Dasbach (Ztr.) eingegangen, welcher für den Fall der Ablehnung der Anträge Enneccerus und Loe die Wählbarkeit von Personen, welche ein besoldetes, dem Landrath unterstelltes Amt bekleiden, ausschließt.

Abg. Rickert (dfr.): Die Bedenken gegen den Landrath sind durch die Steuerdeklaration nicht vermindert, sondern verschärft worden. Früher waren wir doch einig im Hause darin, daß die Steuereinschätzung nicht in der Hand eines politischen Beamten sein dürfe, sondern einem steuertechnischen Beamten übertragen werden muß, der unmittelbar unter dem Finanzminister steht. In meinem Antrage soll nun dieser Steuerkommissar, wenn er auch nicht den Vorsitz haben soll, keineswegs bei Seite geschoben werden, er soll selbstverständlich auch Stimmrecht haben, ja, er soll die Seele der Einschätzung sein, die Befugniß der Berufung haben, er soll das

ganze Dezernat, die ganze Bearbeitung und Machtvollkommenheit haben, die jetzt dem Vorsitzenden zusteht. Daß sich in der Selbstverwaltung keine Persönlichkeiten für die Uebernahme des Amtes des Vorsitzenden finden werden, ist ein Irrthum; sehr viele werden dazu bereit sein, wenn man ihnen nicht die Dezernate aufhalst, ebenso gut wie es nicht an Personen fehlt, die sich zu Kreisdeputirten wählen lassen.

Wenn ich gegen den Landrath als Vorsitzenden bin, so leitet mich keine Abneigung gegen die Person, gegen den Beamten an sich. Es giebt ja auch liberale Landräthe. Freilich ist der Liberalismus zu diesem Verwaltungsamt in den Landkreisen nicht befähigt, weil er die Zumuthungen nicht erfüllen kann, welche das alte Regime an ihn gestellt hat. Sind Sie wirklich der Meinung, daß in den Händen des Landraths das fiskalische Interesse am besten gewahrt ist? In der „Kreuzzeitung" findet sich ein Eingesandt aus der Provinz, welches sich gegen den Steuerrath ausspricht zu Gunsten des Landraths, gerade umgekehrt deshalb, weil es in jenem das Prinzip der einseitigen Fiskalität sah. Wir wollen das fiskalische Interesse gewahrt wissen, und darum verlangen wir einen steuertechnischen, unmittelbar unter dem Finanzminister stehenden Beamten.

Die Begründung, daß der Landrath zur Erhaltung seiner Autorität das Amt des Vorsitzenden nöthig hat, ist nach keiner Richtung beweiskräftig. Um die Autorität eines Amtes aufrecht zu erhalten, ist doch vor Allem erforderlich, daß man Zeit, Kraft und Kenntniß zur Ausübung dieses Amtes hat. Der Landrath in seiner jetzigen Stellung aber, in der fortdauernden Vermehrung der ihm zuwachsenden Arbeiten, ist absolut außer Stande, die Geschäfte so zu verwalten, wie es nothwendig ist. Die Regierung selbst hat ja eine Zeit lang diese Ansicht getheilt, und möglicherweise steht sie noch heute im Prinzip auf demselben Standpunkt. Für diesen Fall hoffe ich, daß der Finanzminister mit diesem „oder" in der Hand schließlich doch seinen Willen durchsetzen wird. Wie ist es denn jetzt mit den Geschäften des Landraths? Heute besorgt die Geschäfte des Kreises doch der Kreissekretär und nicht der Landrath (Unruhe rechts). Herr v. Zedlitz hat ja selbst in der Kommission das zugegeben.

Die politische Seite haben nicht wir hineingebracht, sondern dieselbe ist gerade von dem Regierungsvertreter in den Vordergrund geschoben worden durch die Ausführung, daß die Machtvollkommenheit des Landraths nicht vermindert werden dürfe. Das ist es ja gerade, daß der Landrath die Macht bei der Steuereinschätzung nicht aus der Hand geben will.

Abg. v. Eynern (natl.): Der Antrag Dasbach ist zu allgemein gefaßt, obwohl er einen richtigen Gedanken zum Ausdruck bringt. Dagegen geht der Antrag Loë von einer völlig unrichtigen Voraussetzung aus, nämlich, daß nur gewählte Mitglieder die nöthige Erfahrung besitzen. Die Regierung wird doch wahrscheinlich nur solche Personen ernennen, die die nöthige Erfahrung besitzen. Wir haben gar keine Garantie dafür, daß bei einer gewählten Vertretung politische Rücksichten nicht maßgebend sein werden. Schon jetzt sind bei der Wahl der Einschätzungsbehörden politische Rücksichten vielfach maßgebend. Auch mit dem Antrag Enneccerus kann ich mich nicht einverstanden erklären, da der Landrath für die Uebergangszeit unentbehrlich ist. Deßwegen halte auch ich die Kommissionsbeschlüsse für das beste.

Abg. Dr. Windthorst (Ztr.): Wenn wir die Deklaration wirklich durchführen wollen, so müssen wir auch die wirksamsten Mittel anwenden. Aber weiter zu gehen als die Regierung, dazu haben wir gar keinen Grund. Der Antrag Loë ist aus diesem Grunde ein zutreffender; er bildet eine Stärkung der Selbstverwaltung. Mißbräuche können ebenso gut bei ernannten wie bei gewählten Mitgliedern vorkommen. Bis jetzt hat noch Niemand gesagt, aus welchen Kreisen die zu ernennenden Mitglieder genommen werden sollen. Herrn v. Zedlitz der so sehr für das Ernennungsrecht der Regierung eingetreten ist, möchte ich vorschlagen, zum Generalkommissar aller Kommissionen zu ernennen. (Heiterkeit.) Was den Vorsitz betrifft, so ist bisher die Stellung des Landraths nicht zutreffend geschildert worden. Das Landrathsamt ist das bedeutsamste in der ganzen Verwaltung. Leider hat es jetzt nicht mehr die Bedeutung, besonders in den Provinzen, wo so viel junge Leute zu diesem Amte berufen werden. Ein Landrath muß mit der Absicht in sein Amt gehen, sich mit seinem Kreise zu verehelichen und sich nicht mehr zu trennen. Die Vertrauensstellung des Landraths darf aber nicht erschüttert werden durch Arbeiten, welche einen politischen Charakter haben. Denn wie kann man Vertrauen zu einem Landrath haben, der den Auftrag von Seiten der Regierung hat, bei Wahlen nach bestimmter Richtung zu wirken, daß er in der Einschätzung richtig verfahren wird? Ich gebe zu, daß der Landrath seine Stellung dazu nicht wird mißbrauchen wollen, um sich an einem politischen Gegner zu rächen, aber sie sind eben alle Menschen. Deswegen halte ich es für nothwendig, daß der Vorsitz in der Steuerkommission einem besonderen Kommissar übertragen wird. Ist ein geeigneter Vorsitzender da, so ist auch kein Bedenken gegen lediglich gewählte Kommissionsmitglieder. Ich werde also für den Antrag Loë und Enneccerus stimmen, behalte mir aber vor, später einen besonderen Antrag einzubringen.

Finanzminister Dr. Miquel: Nach der Vorlage ist die Staatsregierung nicht gebunden, die Ernennung auf Personen zu beschränken, welche in dem betreffenden Kreise ansässig sind. Die Regel aber wird sein, daß man in dem betreffenden Kreise angesessene Bürger ernennt. Es wird auch nur ein Ausnahmefall sein, daß ein Mitglied in zwei Veranlagungsbezirken von der Regierung delegirt wird. Der Antrag Dasbach ist nicht nöthig. Man kann der Kreisvertretung das Vertrauen schenken, daß sie unabhängige Männer wählen wird. Er könnte aber anderseits zur Folge haben, daß Männer nicht gewählt würden, gegen die der Antragsteller selbst nichts hat. Solche Personen sind z. B. in einigen Gemeinden die besoldeten Gemeindevorsteher. Daß ein Landrath bei der Einschätzung nach politischen Rücksichten einschätzt, glaube ich nicht. Sollte aber der Nachweis für eine solche politische Rücksichtnahme geführt werden, so wird die jetzige Staatsregierung und ich persönlich vor Allen einen solchen Beamten unbedingt seines Amtes entsetzen. (Beifall.)

Abg. Freiherr v. Hammerstein. Wir lassen uns weder von steuerfiskalischen noch von egoistischen Rücksichten leiten, sondern nur von dem Grundsatz der Gerechtigkeit. Die Uebertragung des Vorsitzes an den Landrath wird auch nicht geeignet sein, die politische Stellung dieses Beamten herabzudrücken. Die Frage der Ueberlastung kommt hier gar nicht in Betracht, denn wenn ein Landrath schon mit Arbeiten überhäuft ist, so wird die Regierung eben einen besonderen Steuerrath ernennen.

Abg. Dasbach (Ztr.) befürwortet kurz seinen Antrag.

Abg. v. Meyer (Arnswalde, wildkons.): Der Landrath muß die Steuerverhältnisse seines ganzen Kreises auswendig wissen, wenn er überhaupt verwalten will. Er ist daher technisch durchaus vorgebildet. Die Steuerbeamten verstehen die Sache keineswegs besser als der Landrath. Sie kommen oft mit wunderbaren Anschauungen in den Kreis. Ein solcher Steuerbeamter hat z. B. nach der Grundsteuer den Effektivvertrag berechnen wollen, während Jedermann doch weiß, daß das nicht dasselbe ist. Das fiskalische Interesse ist bereits durch die Ernennung eines Theiles der Mitglieder genügend gewahrt. Ich habe viel eher die Befürchtung, daß abhängige Leute ernannt werden, z. B. der Katasterkontrolleur und der Oberkontrolleur.

Abg. v. Eynern beantragt eine Aenderung der Kommissionsfassung dahin, daß die Ernennung von Mitgliedern der Einschätzungskommission aus anderen als dem Veranlagungsbezirke ausgeschlossen wird.

Darauf wird die Diskussion geschlossen.

Der Antrag Rickert wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und Polen abgelehnt; ebenso der Antrag Loë gegen die Stimmen des größeren Theils des Zentrums, der Freisinnigen und Polen; der Antrag Enneccerus gegen die Stimmen der Nationalliberalen mit wenigen Ausnahmen, der Freisinnigen und eines großen Theiles des Zentrums. Auch alle übrigen Anträge werden abgelehnt, und § 34 wird in der Fassung der Kommission angenommen,

§ 35 (Veranlagungsverfahren) wird unter Ablehnung eines Antrages Enneccerus, welcher die fakultative Vorladung des Steuerpflichtigen auf Antrag zur Feststellung der Einkommensverhältnisse in obligatorische verwandeln will, unverändert angenommen, ebenso die §§ 36, 37.

Zu § 38 (Beanstandung von Deklarationen) beantragt

Abg. Dr. Brüel, den Paragraphen dahin zu modifiziren, daß nicht einfach bei Zweifeln an der Richtigkeit der Deklaration die Kommission ohne Rücksicht auf die Angaben des Steuerpflichtigen einschätzen darf, sondern nur, soweit sie sich von der Unrichtigkeit der Angaben des Steuerpflichtigen überzeugt hat, dagegen soweit sie diese Ueberzeugung nicht gewonnen hat, das Einkommen nach den Angaben des Steuerpflichtigen zu bemessen hat.

Ein Antrag Klose-Metzner (Zentr.) will eine über die Deklaration hinausgehende Veranlagung nur dann zulassen, wenn dem Deklaranten ein höheres steuerpflichtiges Einkommen nachgewiesen ist.

Abg. Metzner (Ztr.) beleuchtet die Willkür, welche darin liegt, daß der Kommission das Recht zustehen soll, auf eine vage Vermuthung hin eine höhere Einschätzung vorzunehmen, wenn auch alle Nachforschungen nicht die Unrichtigkeit der Angaben des Zensiten ergeben. Wenn die Kommission an der Ehrlichkeit des Zensiten zweifelt, müsse sie diesem doch eine etwaige falsche Deklaration auch nachweisen.

Abg. Peters (ntl.) erwidert, daß nicht die Kommission, sondern der Zensit die Verpflichtung habe, das Material zur Beurtheilung seines Einkommens beizubringen. Die Kommission werde nirgends höher einschätzen, wo sie nicht dazu gegründete Veranlassung habe.

Abg. Dr. Brüel (Ztr.): Wenn man einmal eine Deklaration verlangt, so darf sie nicht blos Ausgangspunkt der Veranlagung werden und im übrigen in dem ganzen Material verschwinden, sondern sie soll ihre Geltung haben bis zum Schlusse. Das ist der Grundgedanke meines Antrages. Ich will aber keinen formellen Beweis, sondern verlange nur die positive Ueberzeugung der Kommission von der Unrichtigkeit der Angaben, in derselben Weise, wie sie ein Geschworener erlangt. Mein Antrag zu § 39, daß dem Steuerpflichtigen über die beanstandeten Punkte Mittheilung gemacht werde, sichert allein eine objektive Durchführung des Verfahrens.

Finanzminister Dr. Miquel: Der Antrag Klose giebt keine Klarheit darüber, wer die Entscheidung über den Beweis der Unrichtigkeit der Angaben fällen soll. Der Weg, den Abg. Brüel einschlägt, ist durchaus kein milderer; im Gegentheil trifft er den Deklaranten viel schärfer als der Vorschlag der Regierung. Wenn ein Fremder in eine Gegend zieht und dort einen großen Aufwand macht, aber ein geringes Einkommen deklarirt, so hat doch die Kommission das Recht, ihn höher einzuschätzen. Die Steuer-Erklärung hat je nach Umständen einen verschiedenen Charakter. In einem Falle ist sie nur Material zur Veranlagung, im anderen Falle ist sie eine richtige Selbsteinschätzung. Für den ersteren Fall müssen also Garantien geschaffen werden, aber die Regierungsvorlage giebt genug Garantien, der Zensit kann das Material beibringen, er kann Berufung einlegen.

Abg. Rickert beantragt, dem Antrag Brüel die Fassung zu geben, daß die Kommission das Einkommen zu schätzen hat, ohne an die Angaben des Zensiten gebunden zu sein, „soweit sie von der Unrichtigkeit der Angaben Beweise beibringen könne." Mein Antrag will Garantien schaffen für die richtige Durchführung der Deklaration. Gerade an dem Beispiel von dem Fremden, das der Minister gab, können wir die Unrichtigkeit unseres Verfahrens sehen. Wie kann man denn den Lebensaufwand zur Richtschnur bei der Veranlagung machen.

Darauf werden die Paragraphen 38 und 39 unter Ablehnung aller Anträge unverändert angenommen.

Das Haus vertagt die weitere Berathung auf Freitag 11 Uhr.

Schluß $4\frac{1}{2}$ Uhr.

Gegen die neue Reform der Eisenbahn-Personentarife

war, wie kurz berichtet, vom Verein „Zonentarif" in Berlin eine Versammlung nach dem Feenpalast einberufen. Der ungeheure Saal nebst Galerien war Kopf an Kopf gedrängt voll, um 8 Uhr mußten die Thüren geschlossen werden, weil der Andrang zu groß war. Die ganze Burgstraße stand Kopf an Kopf gedrängt, so daß die Polizei 20 Schutzleute telegraphisch zur Aufrechterhaltung der Ordnung berufen mußte. Um $8\frac{1}{4}$ Uhr begrüßte der Vorsitzende des Vereins, Friedländer, die Anwesenden. Der Oberbürgermeister Staude-Halle berichtete dann über die Audienz beim Finanzminister Miquel, der die Delegirten mit großer Freundlichkeit empfangen und der Frage sein Interesse zu widmen versprochen hat.

Dann erhielt das Wort Dr. Eduard Engel (von lautem Beifall empfangen): „Diese Frage ist keine politische, sondern eine Wohlfahrtsfrage, und ich hoffe, daß diese imposante Versammlung genügenden Eindruck machen wird. Unter dem eisernen Druck, den das Verkehrsmonopol auf uns ausübt, sind wir eine Partei, die des Publikums. Vor dem Tarif sind wir Alle gleich. Uns steht gegenüber der große Unbekannte, genannt Bureaukratie. Wir, die wir die Bewegung entfacht, haben kein persönliches Interesse. Wir wollen das größte Kulturmittel der Neuzeit, den Verkehr, der Allgemeinheit durch den Zonentarif nutzbar machen. Gegenwärtig schweben Verhandlungen über eine Reform, d. h. über Etwas, das wie eine Reform aussehen soll. Dies „Schweben" dauert schon etwas lange. Was dabei herauskommen soll, weiß noch Niemand. Man will noch erst Verhandlungen mit dem Finanzminister anknüpfen und die verschiedenen Eisenbahnräthe hören. Aehnlich steht es in den anderen deutschen Staaten. In allen diesen „Räthen" sitzt nicht eine Person, die es gewohnt ist, in dritter oder vierter Klasse zu fahren, sich also nicht als Vertreter der Mehrzahl aller Fahrenden bezeichnen kann. Trauriger ist es, daß auch die Parlamente keinen Einfluß auf Tariffragen haben. Ein Mann in Preußen hat das Recht, zu bestimmen, zu welchen Preisen man reisen soll. Der Einfluß der Presse in dieser Frage ist schon nach Kräften bewiesen. Aber auch das Publiknm muß deutlich dem Besitzer des größten Monopols der Welt seine Meinung sagen. Wir sind die Partei Derer, die ihr Billet stets baar bezahlen müssen. Uns gegenüber steht die kleine aber mächtige Partei Derer, die nie ihr Billet bezahlen. In Berlin hat neulich ein Blatt den Vorschlag gemacht, die Staatsbahnen an Privatunternehmer zu verpachten. Was dabei herauskommt, zeigt Italien. Damit ist uns nicht gedient. Aber der jetzige Zustand der Personentarife ist der, daß die Mehrheit der Nation von diesem unentbehrlichen Kulturmittel nicht Gebrauch machen kann. Eine Reise von Berlin nach Magdeburg, 150 Kilometer, hin und zurück 300 Kilometer, kostet in der vierten Klasse 6 M.? Das bedeutet ungefähr drei Arbeitstage für den Arbeiter.

Der größte deutsche Fachmann, Herr Geh. Rath Ulrich, nennt die vierte Klasse eine wenig menschenwürdige, ich nenne eine solche Beförderung menschenunwürdig! Obgleich nur der achte Theil aller Waggons vierter Klasse ist, obgleich nur die Hälfte aller Züge vierte Klasse führt, benutzen 77 Millionen Reisende diese Klasse, die viermal so viel Ertrag bringt, als die erste Klasse. Die Abschaffung der vierten Klasse ist daher der beste Theil der neuen „Reform". Dabei herrscht ein ungeheurer Wirrwarr über Tariffragen, Niemand weiß, wie er am billigsten von einem Ort zum andern kommt. Aber nicht nur das Publikum, sondern auch die Eisenbahnbeamten können sich nicht im Tarif zurechtfinden. (Gelächter.) Sie lachen über eine Staatseinrichtung! Das ist doch nicht wünschenswerth, daß eine solche Staatseinrichtung der Lächerlichkeit anheimfällt. Der Tarif hat aber „Verbrechen" geschaffen, z. B. der Betrug durch Uebertragung eines Rückfahrtsbillets. Jetzt sind von 100 bewegten Plätzen 75 leer, in der ersten Klasse 91 leer, 9 besetzt, in der zweiten Klasse 80 leer, 20 besetzt, in der dritten Klasse 75 leer, 25 besetzt, in der vierten Klasse 70 leer und 30 besetzt. Daß es anders sein kann, zeigt der Zonentarif in Ungarn, wodurch die vorhandenen Plätze schon im ersten Jahr um zwölf Prozent mehr ausgenutzt sind. Wir verlangen nun in Zukunft Klarheit und Gleichheit der Tarife. Wir fordern, daß jeder von den Verkehrsmitteln Gebrauch machen kann. Die Post befördert bereits einen Brief für einen ganz geringen Preis durch die ganze Welt. Nur der Personenverkehr hat noch nicht die nöthige Billigkeit erlangt. Es stecken jetzt im deutschen Staats-Eisenbahnbesitz 11 000 Millionen Mark, und wer dieselben nicht gut verwaltet, schädigt das Vaterland. Wir fordern, daß höhere Gesichtspunkte angewendet werden. Deshalb fordern wir den Zonentarif, der bereits von Ministern Ungarns eingeführt ist, über den man also nicht mehr so die Achseln zucken darf. Rumänien will bereits in diesem Jahre ebenfalls den Zonentarif einführen, so daß man dann nach Konstantinopel billiger fahren kann, als nach der Südgrenze des Deutschen Reiches. Jede andere Reform, als der Zonentarif, genügt nicht, wenn man will, daß auch der ärmste Mann von dem Verkehrsmittel Gebrauch machen kann. Der billige Zonentarif ist durchführbar.

Für Preußen würde ein Ausfall von 62 Millionen entstehen, aber nur, wenn auch nicht eine Seele bei dem neuen Tarif mehr reisen würde. Ein großer Theil würde von der dritten, dann letzten Klasse, in die zweite Klasse rücken und die Reisen würden ausgedehnter werden. Man kann auch den ganzen Betrieb billiger gestalten, man kann die Schaffner abschaffen und die Billetkontrolle ebenso wie bei der Stadtbahn gestalten; die Unglücksfälle der Schaffner werden aufhören. Vor Allem hören die Tausende von Billetsorten auf; auch die großartige Tintenklexerei hört mit einem Schlage auf. Alles dies ist durch die Erfahrung in Ungarn erwiesen. Dort sind im letzten Jahre vor Einführung des Zonentarifs etwa vier Millionen Menschen, im ersten Zonentarifjahre aber $13\frac{1}{2}$ Millionen befördert worden! Heute hat der Finanzminister uns gefragt: „Was bringts?" Die Einnahmen sind in Ungarn von $9\frac{1}{2}$ auf $11\frac{1}{2}$ Millionen Gulden gestiegen. Im zweiten Jahre ist ein Steigen um 50 Prozent gegen das letzte Jahr ohne Zonentarif zu konstatiren. Für Preußen würde das eine ganz bedeutende Mehreinnahme, das heißt 100 Millionen Mark bedeuten. Damit ist der Nutzen noch gar nicht erschöpft. Der Wohlstand der Nation wird sich heben. Auf allen Gebieten des Staatslebens, überall hat sich in Ungarn eine ungeheure Steigerung ergeben. Statt eines erwarteten Defizits im Budget hat das schwach bevölkerte Land einen Ueberschuß von 30 Millionen Gulden ergeben! Demokratisiren wir die Eisenbahn! Wir brauchen nicht zu fürchten, daß nun die ganze Nation auf der Eisenbahn herumvagabondiren wird! Im Postverkehr haben wir bereits den Zonenverkehr: 1. Zone, Stadtverkehr (ausgenommen Berlin!) 5 Pf., 2. Zone, Deutschland, 10 Pf., 3. Zone, Welt, 20 Pf. Die jetzt verlautenden „Reformpläne" der Regierungen haben keine große Aussicht. Alle großen, unabhängigen Blätter haben sich bereits dagegen erklärt, auch die zweitgrößte Handelskammer Deutschlands, die Halberstadts. Ich erblicke in der jetzt drohenden Reform eine Gefahr für die Staatsfinanzen. Aber ich hoffe, unter dem Zeichen „Zonen-Tarif" werden wir siegen. (Anhaltender, langdauernder Beifall.)

Die von der Versammlung angenommenen Resolutionen haben wir bereits in der Morgenausgabe gebracht.

Deutschland.

Berlin, 19. Februar.

— Gestern Abend begab sich der Kaiser mit dem Prinzen Heinrich zum Offizierkorps des Kaiser Franz-Garde-Grenadier-Regiments, um einer Einladung desselben zu einem Herrenabende zu entsprechen und verblieb dort den Abend über. Heute hatte der Kaiser zunächst eine Unterredung mit dem Staatssekretär v. Marschall, worauf er die Vorträge des Kriegsministers und des Chefs des Militärkabinets hörte.

— Kaiserin Friedrich ist, wie gestern bereits gemeldet, mit der Prinzessin Margarethe Mittwoch Nacht $12\frac{1}{4}$ Uhr in Paris eingetroffen und hat unter dem Namen einer Gräfin Lingen für ihren auf fünf Tage berechneten Aufenthalt in Paris im deutschen Botschaftshotel Aufenthalt genommen. Die am Bahnhof versammelte Menge begrüßte die Kaiserin entblößten Hauptes, die französischen Blätter widmen ihr achtungsvolle Artikel und sehen in ihrem Besuch ein erfreuliches Zeichen der Besserung der deutsch-französischen Beziehungen. Nach dem Kriege von 1870/71 ist die Kaiserin Friedrich das erste Mitglied der Hohenzollernfamilie, welches die französische Hauptstadt besucht. Es ist ein erfreuliches Zeichen einer ruhigeren und versöhnlicheren Stimmung auf beiden Seiten, daß ein solcher Besuch wieder möglich geworden ist. Fürst Bismarck hätte dergleichen nicht gestattet. Kaiserin Friedrich ist gleich ihrem heimgegangenen Gemahl eine Beschützerin der Künste und als solche die geeignetste Person, die Probe darauf zu machen, wie weit die Anzeichen einer solchen freundlicheren Stimmung berechtigt sind. Die Völker erblicken in der Reise der Kaiserin Friedrich ein Ereigniß, welches nur zur Erhaltung und Befestigung des Friedens beitragen kann.

— Der Gegensatz zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Bismarck beschäftigt mehr und mehr die gesammte europäische Presse. Besondere Anerkennung fand der frühere Reichskanzler sehr lange in den englischen Blättern, obwohl seine eigene Presse nur zu oft gegen das „perfide Albion“ hetzte. Um so bemerkenswerther ist es, daß jetzt auch jenseits des Kanals ein herbes Urtheil über die Haltung des Einsiedlers von Friedrichsruh gefällt wird. Man meldet darüber der „Voss. Ztg.“:

London, 19. Februar. Die hiesigen Zeitungen besprechen heute zum ersten Male die Spannung zwischen Bismarck und dem Kaiser. „Morningpost“ und „Times“, welche dem Thema lange Leitartikel widmen, nehmen entschieden Partei für den Kaiser und dessen Kanzler v. Caprivi. „Morningp.“ meint, selbst Fürst Bismarck müsse dem großen sozialen Gesetze gehorchen, welches erklärt, daß Niemand nothwendig für die Wohlfahrt des Staates sei. Hätte die Leitung der Staatsangelegenheiten in Deutschland Zeichen der Schwäche bekundet, so würde die Rückkehr des Fürsten Bismarck nur eine Frage von Monaten gewesen sein. Kaiser Wilhelm sei indeß stark in sich selber wie in seinen Räthen. Kein Grad von Unzufriedenheit könnte die Politik ändern, welche er einzuschagen versprochen habe. Deshalb könnte die Anstrengung des Ex-Kanzlers, seine Rückkehr in das Amt zu erzwingen, nur eine Katastrophe herbeiführen. Jeder Freund Deutschlands müsse hoffen, Fürst Bismarck werde von einem Streite zurücktreten, in welchem er nichts gewinnen und nur viel verlieren könne. Die „Times“ hofft, Fürst Bismarck werde zu der Einsicht gelangen, daß er ein zu großer Mann sei, um sich auf dauernden Zeitungsstreit mit seinem Kaiser oder dessen Kanzler einzulassen. Die eigentliche Größe seiner früheren Laufbahn verbiete ihm, was anderen Männern möglich sein dürfte. Wenn ihn aber sein Gewissen nöthige, die Handlungsweise der Regierung zu kritisiren, so möge er sich in den Reichstag wählen lassen und dort eine parlamentarische Opposition bilden.

Ob Fürst Bismarck, wie die „Morningpost“ meint, seine Rückkehr in das Amt zu erzwingen strebt, darf man wohl bezweifeln.

— Ueber die Wiederaufnahme der „Nordd. Allg. Ztg.“ unter die offiziöse Presse wird der „Aachen. Ztg.“ aus Berlin gemeldet: Die Post hat sich vergeblich darum bemüht, wiederum offiziöses Blatt zu werden; Herr Pindter hatte schon früher mehrfach versucht, an Herrn v. Caprivi heranzukommen; wie erzählt wird, hat Perponcher die Sache vermittelt. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ soll mehr zum Tirailliren benutzt werden, zu Ballons d'essay, die man später wieder verleugnen kann.

Lokales.

Posen, den 20. Februar.

* Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages hat die Wahl des Abg. Poll (2. Bromberg, natl.) beanstandet.

d. **Behufs Ansiedelung in Brasilien** scheinen die Auswanderungs-Agenten, nachdem die größeren deutschen Dampfer-Gesellschaften sich verpflichtet haben, Auswanderer aus dem deutschen Reiche nicht mehr nach Brasilien zu befördern und nachdem auch die russische Regierung Maßnahmen getroffen hat, um die Auswanderung dorthin möglichst zu verhindern, jetzt mehr auf Auswanderungs-Material aus Oesterreich-Ungarn zu reflektiren. Wie der Berliner Korrespondent des „Czas“ aus Bremen erfährt, wird dort nächstens ein Transport von Ungarn, Galiziern und Czechen eintreffen, welche für Brasilien bestimmt sind.

d. **Kosciuszko** wird im hiesigen polnischen Theater am nächsten Sonnabende und Sonntage in einem historischen Schauspiele von Lassot „Kosciuszko bei Raclawice“ auf die Bühne gebracht werden. Matejko hat ein großes Gemälde gemalt, welches den polnischen Feldherrn (den „alten Feldherrn“ Holteys) nach der Schlacht bei Raclawice darstellt, und von welchem sich vor einiger Zeit Abbildungen in den Schaufenstern der hiesigen polnischen Buchhandlungen befanden.

Vermischtes.

† **Ueber den Tod des Prinzen Balduin von Belgien** geben der „Pariser Post“ seltsame Mittheilungen zu, die freilich noch der Bestätigung bedürfen. Danach wäre der muthmaßliche Thronerbe Belgiens einem ähnlichen Verhängniß zum Opfer gefallen wie der Kronprinz Rudolf. Prinz Balduin, so schreibt die „Pariser Post“, hatte ein Liebesverhältniß mit einer Sängerin des Theatre de la Monnaie in Brüssel, Frau Sibyl Sanderson, deren offenkundiger Herr und Gebieter der Fürst de L . . . war. Der König, welcher für seinen Neffen ernstliche Besorgnisse wegen dieses Verhältnisses hegte, wollte ihn zum Major ernennen und nach Antwerpen schicken. Prinz Balduin lehnte dankend ab, begab sich aber nach Antwerpen, um dem dortigen Gouverneur, der schon seine Gemächer hatte bereiten lassen, einen Höflichkeitsbesuch abzustatten. Nach Brüssel zurückgekehrt, fuhr er sogleich nach dem „Hotel de Suède“, wo Frau Sanderson ihn erwartete. Das Paar war schon eine Weile beisammen, als Fürst de L. mit einem Revolver in der Hand hereinstürzte und auf Armlänge dem Prinzen eine Kugel in die Lenden jagte (daher die von den Aerzten konstatirte innere Blutung.) Der Verwundete zog sich rasch zurück, verfehlte eine Stufe der Treppe, fiel in das erste Stockwerk hinunter und wurde von den erschrockenen Dienern, mit einem Beinbruche behaftet, aufgehoben. Alle Welt lief in dem Gasthofe durcheinander, schrie und erzählte laut das Geschehene. Erst nachträglich wurde Schweigen anbefohlen, aber es war zu spät, schon zu viele Leute kannten das Geheimniß. Der Graf d'Oultremont, Großmarschall des königlichen Palastes, der in aller Eile herbeigerufen wurde, fuhr mit dem Prinzen nach dem Palaste des Grafen von Flandern, wo der Prinz noch im Laufe des Abends seinen Wunden erlag.

Telegraphische Nachrichten.

Bromberg, 19. Februar. Die Eisenbahn-Direktion Bromberg meldet: Die Strecke Garnsee-Lessen ist wieder fahrbar.

Wien, 19. Februar. Die Besserung in dem Befinden des Ministerpräsidenten Grafen Taaffe dauert fort.

Wien, 19. Februar. Das Militär-Verordnungsblatt veröffentlicht eine Zirkular-Verordnung, nach welcher bis dahin, wo ein Inspekteur für die Festungs-Artillerie ernannt ist, ein General mit dieser Inspektion betraut wird. Demgemäß ist der Feldmarschall-Lieutenant Weigl, Kommandeur der 2. Artillerie-Brigade, mit der Inspektion der Festungs-Artillerie beauftragt.

Wien, 19. Febr. Das „Fremdenblatt“ bringt anläßlich des Besuches des Erzherzogs Franz Ferdinand von Oesterreich-Este in Petersburg einen Artikel, in welchem es heißt, der glänzende, herzliche Empfang des Erzherzogs am russischen Hofe habe nicht nur Oesterreich-Ungarn freudig berührt, sondern sicherlich überall, wo man friedliche Symptome willkommen heiße, den besten Eindruck hervorgerufen. Der Kaiser Alexander und die kaiserliche Familie hätten den Gast in einer Weise aufgenommen, die deutlich gezeigt habe, welches Freundschaftsverhältniß zwischen den beiden Höfen herrsche, und die diesem Verhältniß gewiß eine noch erhöhte Wärme zu verleihen geeignet sei. Die Sympathie der höchsten Persönlichkeiten beider Reiche zählen zu den festesten Bürgschaften des Friedens. Mit Recht habe die öffentliche Meinung den Besuch des Erzherzogs und die Aufnahme desselben seitens des mächtigen und friedliebenden russischen Herrschers als ein Ereigniß bezeichnet, das für die gegenwärtige Lage im hoffnungsvollsten Sinne kennzeichnend sei und wiederum ihre erfreulichen Elemente vermehre. Die hervorragendsten russischen Organe hatten sich dieser Auffassung angeschlossen. Denen anknüpfend reproduzirt das „Fremdenblatt“ eine Petersburger Korrespondenz des „Nord“ über den Aufenthalt des Erzherzogs in Petersburg.

Paris, 19. Febr. Kaiserin Friedrich begab sich heute Vormittag 11 Uhr zu Fuß, begleitet von dem deutschen Botschafter Grafen Münster und dem Oberhofmeister Grafen Seckendorf, nach dem Panorama du XIX. Siecle im Tuilerien-Garten, von da nach dem Cercle de l'Union artistique in der Rue Boissy d'Anglas, wo sie die Ausstellung besichtigte. Hierauf kehrte die Kaiserin in die Botschaft zurück, wo das Frühstück eingenommen wurde. Um 1 Uhr begab sich die Prinzessin Margarethe in einem offenen Wagen, welcheu sie selbst lenkte, in Begleitung des Grafen Münster nach dem Jardin d'Acclimatation. In einem offenen Lnndauer folgte die Kaiserin Friedrich mit der Komtesse Münster und der Hofdame Gräfin Perponcher. Während die Kaiserin eingehend den Jardin d'Acclimatation besichtigte, machte sie einen längeren Spaziergang im Bois de Boulogne. Abends findet ein Diner in der Botschaft statt. Kaiserin Friedrich gedenkt etwa 8 Tage in Paris zu verweilen.

Kairo, 19. Febr. (Telegr. des „Reuterschen Bureaus“.) Die Rechnungen der Staatskasse für das Jahr 1890 weisen einen Ueberschuß von 599 000 egyptischen Pfund auf. Der Ueberschuß würde noch 500 000 Pfund mehr betragen haben, wenn nicht ein Theil der Einnahmen aus dem Tabak auf die Rechnung des laufenden Jahres übertragen worden wäre. Der Gesammt-Reservefonds der Regierung in der Schuldenkasse betrug Ende 1890 1 744 000 Pfund und ist größer als je zuvor.

Hamburg, 19. Febr. Der Postdampfer „Rugia“ der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktiengesellschaft ist, von New-York kommend, heute Vormittag 11 Uhr auf der Elbe eingetroffen.

London, 19. Febr. Der Union-Dampfer „Athenian“ ist gestern auf der Heimreise von Capetown abgegangen.

Berlin, 20. Febr. Der „Hamburgische Korrespondent“ meldet, Crispi werde nächstens in Friedrichsruhe eintreffen.

Warschau, 20. Febr. Vor dem Bezirksgerichte begann gestern der Prozeß gegen den ehemaligen Gardehusarenoffizier Bartenjew, welcher angeklagt ist, die Schauspielerin Wisnowska erschossen zu haben.

Beirut, 20. Febr. Sechs Passagiere des Dampfers „Augusta Viktoria“, darunter vier Hamburger, sind auf dem Libanon eingeschneit und trotz der Bemühungen nicht erreichbar, jedoch wohlauf. Der Dampfer setzte seine Fahrt nach Konstantinopel fort.

Angekommene Fremde.

Posen, 20. Februar.

Mylius Hotel de Dresde (Fritz Bremer). Die Rittergutsbesitzer Major v. Tiedemann aus Seeheim und Baron v. Seydlitz aus Szrodke, Direktor Houck aus Magdeburg, Arzt Dr. Schollert aus Wien, Rentier Viehofer aus Lautenburg, Ingenieur Thies aus Magdeburg, die Fabrikanten Gromm aus Frankfurt a. O. und Mosteritz aus Dülken, die Kaufleute Nettke aus Lübeck, Kleine aus Danzig, Wiese und Meinke aus Berlin, Gill aus Dresden, Hacker aus Halle und Gereth aus Hanau.

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. Die Rittergutsbesitzer Lieutenant Mikulski und Schwester aus Siekierki, Schulz und Frau aus Stralkowo, Berndt und Frau aus Xiagno, Fähndrich und Frau aus Gonica, Fähndrich und Frau aus Wreschen, Kuhnke aus Wreschen und Gebr. Treppmacher aus Wulka, Fabrikant Boeßer aus Berlin, die Kaufleute Boy aus Salon in Frankreich, Schmid aus Leobschütz, Boeckel aus Magdeburg, Huntemann aus Harburg, Huesheer aus Hannover, Jacobowitz aus Breslau, Mittelhäuser aus Chemnitz, Abraham, Tschepke, Markwald, Schwersunz, Glückstein und Wienicke aus Berlin, Bartenwerffer, aus Hamburg, Meyer aus Bremen, Oehlschlägel aus Frankfurt a. M. und Schlupp aus Aachen.

Grand' Hotel de France. Die Rittergutsbesitzer Graf Czarnecki aus Dobrzyca, Graf Fredro aus Galizien, Grodzicki aus Psarskie, Legis aus Sojkowo, Kugler aus Zajezierze, die Kaufleute Wrzesniewski aus Paris, Schaper aus Stettin, Günther aus Erfurt, Arzt Dr. Winiger aus Görlitz, Frau Walter aus Dziecmiarek.

Hotel Bellevue. (H. Goldbach.) Die Kaufleute Noebel aus Inowrazlaw, Puhl aus Neuß a. Rh., Wolf aus Kaiserslautern, Ziegler aus München und Müller aus Stettin, Ingenieur Schröder aus Berlin und Königl. Seminar-Direktor Pflanz aus Bromberg.

Georg Müller's Hotel „Altes deutsches Haus“. Die Kaufleute Wolff, Jansner und Steintorst aus Berlin, Webs aus Breslau, Gechaf mit Frau aus Posen und Simonsen aus Rathenow, Dr. Schultz aus Berlin, Frau Weißer, Frl. Berch, Frl. Mentz, Frl. Hempelt, Gutsbesitzer Schmekel und Weißer aus Bromberg.

Theodor Jahns Hotel garni. Die Kaufleute Schubert aus Guben, Goddulm aus Fürstenwalde, Eisenhardt aus Frankfurt, Schwabe aus Stargard, Hecht aus Köln, Gimkiewicz und Dannhoff aus Berlin und Henschke aus Neumark, Pfarrer Freuer aus Tirschtiegel, Viehhändler Wilczer aus Kapowar, Landwirth Eckardt aus Schroda, Frau Schubert aus Breslau.

J. Graetz's Hotel „Deutsches Haus“, vorm. Langner's Hotel. Fabrikant Lehmann aus Muskau, Geschäftsführer Schultze aus Berlin, Referendar Hartmann aus Hannover, die Kaufleute Mahler aus Berlin, Berger aus Rogasen, Kubowicz aus Gnesen, Breslauer aus Falkenberg, Herzog aus Neisse und Chomacki aus Inowrazlaw.

Arndt's Hotel. Die Kaufleute Garisch und Heisig aus Breslau, Schulz und Simonson aus Berlin, Schulze aus Leipzig, Stern aus Stern und Imme aus Frankenburg.

Keiler's Hotel zum Englischen Hof. Die Kaufleute Badt aus Schönlanke, Mannheim aus Janowitz, Ehrenfried aus Miloslaw, Schleich aus Eitra bei Leipzig, Salomonowicz aus Breslau, Mentkowski aus Schroda und Frau Hirsch und Frau Schai aus Tremessen.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Februar 1891.

Datum Stunde.	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad
19. Nachm. 2	770,6	NW frisch	bedeckt	1,1
19. Abends 9	768,9	NNO mäßig	bedeckt	+ 0,3
20. Morgs. 7	767,3	NO leicht	bedeckt	+ 0,2

Am 19. Februar Wärme-Maximum + 1,2° Cels.
Am 19. „ Wärme-Minimum — 2,5° „

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 19. Februar Morgens 2,26 Meter.
„ „ 19. „ Mittags 2,26 „
„ „ 20. „ Morgens 2,26 „

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Breslau, 19. Februar. Lustlos.

$3\frac{1}{2}$%ige L.-Pfandbriefe 97,90, 4%ige ungarische Goldrente 93,25, Konsolidirte Türken 19,25, Türkische Loose 81,25, Breslauer Diskontobank 106,70, Breslauer Wechslerbank 104,50, Schlesischer Bankverein 122,50, Kreditaktien 175,50, Donnersmarckhütte 89,25, Oberschlesische Eisenbahn 86,25, Oppelner Zement 106,40, Kramsta —,—, Laurahütte 136,25, Verein. Oelfabr. 102,90, Oesterreichische Banknoten 177,40, Russische Banknoten 238,50.

Schles. Zinkaktien 187,00, Oberschles. Portland-Zement 116,00, Archimedes —,—, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb 130,00, Flöther Maschinenbau 113,50.

Frankfurt a. M., 19. Febr. Effekten-Sozietät. (Schluß). Kreditakt. $272\frac{1}{2}$, Franzosen $216\frac{3}{4}$, Lombarden 116, Galizier —, Egypter —,—, 4% ungar. Goldrente 93,40, 1880er Russen —,—, Gotthardbahn 151,60, Diskonto-Kommandit 212,40, Dresdner Bank 155,20, Laurahütte 136,70, Gelsenkirchen 171,10, Norddeutsch. Br. — Gd. Fest.

Wien, 19. Febr. Abendbörse. Ungarische Kreditaktien 341,50, österr. Kreditaktien $308,62\frac{1}{2}$, Franzosen 244,60, Lombarden 132,00, Galizier 212,00, Nordwestbahn —,—, Elbethalbahn 221,75, österr. Papierrente 91,95, do. Goldrente 110,50, 5proz. ung. Papierrente 101,00, 4proz. do. Goldrente 105,50, Marknoten $56,42\frac{1}{2}$, Napoleons 9,13, Bankverein 118,50, Tabaksaktien 153,00, Alpine Montan 96,10, Unionbank 247,75, Länderbank 222,75. Befestigt, Franzosen lebhaft.

London, 19. Februar. (Schlußkurse.) Ruhig.

Engl. $2\frac{3}{4}$prozent. Consols $97\frac{3}{16}$, Preuß. 4proz. Consols 104, Italien. 5proz. Rente $94\frac{5}{8}$, Lombarden $12\frac{3}{16}$, 4proz. 1889 Russen (II. Serie) $99\frac{3}{4}$, konv. Türken $19\frac{1}{2}$, österr. Silberrente 81, österr. Goldrente 98, 4proz. ungarische Goldrente $92\frac{1}{2}$, 4proz. Spanier $77\frac{3}{8}$, $3\frac{1}{2}$proz. Egypter $94\frac{3}{4}$, 4proz. unific. Egypter $98\frac{3}{8}$, 3proz. garant. Egypter $101\frac{3}{4}$, $4\frac{1}{4}$proz. Trib.-Anl. $99\frac{1}{4}$, 6proz. Mexikaner $92\frac{1}{4}$, Ottomanbank $15\frac{1}{4}$, Suezaktien $97\frac{1}{2}$, Canada Pacific $76\frac{7}{8}$, De Beers neue $16\frac{1}{8}$, Platzdiskont $2\frac{3}{4}$.

Rio Tinto $23\frac{1}{8}$, $4\frac{1}{2}$proz. Rupees 78, Argentin. 5proz. Goldanleihe von 1886 76, Argentin. $4\frac{1}{2}$proz. äußere Goldanleihe 56, Silber —.

Neue 3proz. Reichsanleihe 84.

Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20,55, Wien 11,66, Paris 25,44, Petersburg $27\frac{11}{16}$.

Aus der Bank flossen 18 000 Pfund Sterling.

Paris, 18. Febr. (Boulevard-Verkehr.) 3% Rente 95,75, Italiener 95,25, 4% ungar. Goldrente —,—, Türken, 19,70, Türkenloose 81,00, Spanier 77,43, Egypter 496,25, Banque Ottomane 631,25, Rio Tinto 583,12, Tabaksaktien 338,21, Panama 40,93. Ruhig.

Rio de Janeiro, 18. Febr. Wechsel auf London 19.

Produkten-Kurse.

Köln, 19. Febr. Getreidemarkt. Weizen hiesiger loko 19,00, do. fremder loko 22,00, per März 20,50, per Mai 20,75. Roggen hiesiger loko 17,50, fremder loko 20,00, per März 18,05, per Mai 17,55. Hafer hiesiger loko 15,50, fremder 17,00. Rüböl loko 61,50, per Mai 60,90, per Oktober 61,70.

Bremen, 19. Februar. Petroleum. (Schlußbericht.) Ruhig. Standard white loko 6,55 Br.

Aktien des Norddeutschen Lloyd 141⅞ bez.
Norddeutsche Wollkämmerei 170 Br.

Hamburg, 19. Februar. Getreidemarkt. Weizen loko fest, holsteinischer loko neuer 186—198. Roggen loko fest, mecklenburg. loko neuer 183—190, russischer loko fest, 130—136. Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Rüböl (unverzollt) fester, loko 58½. — Spiritus befestg., per Febr. 36¼ Br., per Febr.-März 36¼ Br., per März-Mai 36¼ Br., per Mai-Juni 36½ Br. — Kaffee fest. Umsatz 2500 Sack. Petroleum ruhig. Standard white loko 6,70 Br. per März 6,65 Br. — Wetter: Trübe.

Hamburg, 19. Febr. Zuckermarkt (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Usance, frei am Bord Hamburg per Febr. 13,50, per März 13,35, per Mai 13,37½, per August 13,57½. Ruhig.

Hamburg, 19. Febr. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Februar 83, per März 82½, per Mai 80½, per September 77¼. Behauptet.

Pest, 19. Februar. Produktenmarkt. Weizen loko ruhig, per Frühjahr 8,19 Gd., 8,21 Br., pr. Herbst 7,77 Gd. 8,79 Br. Hafer per Frühjahr 6,92 Gd. 6,94 Br., per Herbst 6,11 Gd., 6,13 Br. — Mais per Mai-Juni 1891 6,18 Gd. 6,20 Br. — Kohlraps per Aug.-Sept. 1891 13,60 a 13,70. Wetter: Schön.

Paris, 19. Febr. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per Februar 26,90, per März 27,10, per März-Juni 27,30, per Mai-August 27,30. Roggen ruhig, per Februar 17,30, per Mai-August 17,70. Mehl träge, per Februar 60,10, per März 60,10, per März-Juni 60,20, per Mai-August 60,40. Rüböl träge, per Februar 68,25, per März 68,50, per März-Juni 69,00, per Mai-August 69,75. — Spiritus behpt., per Februar 38,50, per März 38,75, per Mai-August 40,50, per September-Dez. 39,50. — Wetter: Schön.

Paris, 19. Februar. (Schlußbericht.) Rohzucker 88ß ruhig, loko 34,25 a 34,50. Weißer Zucker behpt., Nr. 3 per 100 Kilo per Februar 36,75, per März 36,87½, per März-Juni 37,25, per Mai-August 37,75.

Havre, 19. Febr. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, per März 103,50, per Mai 101,00, per September 97,00. Behauptet.

Havre, 19. Febr. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 15 Points Hausse.
Rio 10 000 Sack, Santos 9 000 Sack. Recettes für gestern.

Amsterdam, 19. Febr. Java-Kaffee good ordinary 59½.

Amsterdam, 19. Febr. Getreidemarkt. Weizen per März 223, Roggen per März 161 à 160, per Mai 154 a 153, per Oktober 143 a 142.

Amsterdam, 19. Februar. Bancazinn 54¾.

Antwerpen, 19. Februar. Getreidemarkt. Weizen steigend. Roggen fest, Hafer behauptet. Gerste unverändert,

Antwerpen, 19. Februar. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 16¾ bez., 16⅞ Br., per Februar 16½ Br., per März 16 Br., per April 16 Br. Steigend.

London, 19. Febr. Chili-Kupfer 53, per 3 Monat 53¼.

London, 19. Februar. 96pCt. Javazucker loko 15⅜ ruhig, Rüben-Rohzucker loko 13½ ruhig.

London, 19. Februar. An der Küste 1 Weizenladung angeboten. — Wetter: Naßkalt.

London, 18. Febr. Wollauktion. Tendenz fest bei höchsten Preisen während gegenwärtiger Auktion.

Glasgow, 19. Febr. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbres Warrants 46 sh. — d.

Bradford, 19. Februar. Wolle ruhig, aber stetig. Garne ruhig. Exportstoffe ruhiger.

Liverpool, 19. Februar. Baumwolle. Umsatz 10 000 Ballen, davon für Spekulation und Export 1500 Ballen. Amerikaner fester, Surats ruhiger.

Middl. amerik. Lieferungen: Februar-März $4^{53}/_{64}$, April-Mai $4^{29}/_{32}$ Mai-Juni $4^{31}/_{32}$, Juli-August $5^{5}/_{64}$ d. Alles Käuferpreise.

Newyork, 19. Febr. (Anfangskurse.) Petroleum Pipe line certificates per März 77⅛. Weizen per Mai 106⅜.

Newyork, 18. Febr. Waarenbericht. Baumwolle in New-York 9, do. in New-Orleans $8^{13}/_{16}$. Raff. Petroleum 70 Proz Abel Test in New-York 7,50 Gd., do. in Philadelphia 7,50 Gd., rohes Petroleum in Newyork 7,10, do. Pipe line Certificates per März 77½. Stetig. Schmalz loko 5,90, do. Rohe u. Brothers 6,30. Zucker (Fair refining Muscovados) 5⅛. Mais (New) per März 62½. Rother Winterweizen loko 112½. — Kaffee (Fair Rio-) 19¼. Mehl 4 D. — C. Getreidefracht 2. — Kupfer per März 14,25 nom. Weizen per Februar 110½, per März 110⅜, per Mai 106⅜. — Kaffee Rio Nr. 7, low ordin. per März 17,02, per Mai 16,57.

Kaffee steigend. Infolge von Berichten über Ausstände der Stauer in Rio de Janeiro werden die Verladungen wahrscheinlich unterbrochen werden.

Newyork, 19. Febr. Rother Winterweizen per Februar 1 D. 9¾ C., per März 1 D. 9⅝ C.

Berlin, 20. Febr. Wetter: Feucht.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 19. Febr. Von der heutigen Börse ist wenig zu berichten, da die in letzter Zeit vorherrschende schwache und lustlose Haltung wieder in umfassendster Weise zur Geltung gelangte. In Folge dessen bewegten sich denn auch die geschäftlichen Transaktionen auf fast allen Gebieten in recht bescheidenen Dimensionen und die Kurse neigten weiter nach abwärts, ohne daß das Angebot besonders dringend oder umfangreich aufgetreten wäre.

Im Gegentheil zeigte vielmehr die Baissepartei fast die gleiche Reserve, wie die Käufer. Anregende Meldungen lagen von keiner Seite vor; die Mittheilungen von den auswärtigen Plätzen lauteten sehr ruhig und eher schwach, während andererseits die Bilanzziffern der Berliner Handelsgesellschaft nach denen pro 1890 nur eine Dividende von 9½ Proz. gegen 12 Proz. im Vorjahre zur Vertheilung gelangen soll, eine gewisse Verstimmung hervorriefen.

Das einzige Gebiet, auf dem es lebhafter zuging, waren inländische Fonds, insbesondere die Skrips der neuen 3proz. Reichs-Anleihe und konsolidirten Staats-Anleihe, deren Notiz sich um 85,70 Proz. bewegte.

Von Bankaktien unterlagen von den spekulativen Titres anfänglich besonders Berliner Handelsgesellschaft und Dresdner Bank dem Drucke schärferen Angebots.

Inländische Eisenbahnaktien wiesen beschränkten Handel und keine nennenswerthen Aenderungen in ihren Notirungen auf. Ausländische Bahnen hatten getheilte Tendenz; während einige Devisen, wie Gotthard, Mittelmeer und Warschau-Wiener reger umgingen und besser bezahlt wurden, lagen andere entschieden matt.

Montanwerthe auf ungünstige Berichte aus den inländischen Eisen- und Kohlendistrikten bei kleinen Umsätzen vielfach abgeschwächt.

Andere Industriepapiere gleichfalls still und eher matter.

Fremde Renten und Anleihen recht fest und theilweise lebhafter umgesetzt, besonders Türken, russische Anleihen und Noten. Preußische und Deutsche Fonds, Pfand- und Rentenbriefe, Eisenbahn-Obligationen ꝛc., wie schon oben erwähnt, in ziemlich günstiger Haltung.

Privatdiskont 2⅝ Proz.

Produkten-Börse.

Berlin, 19. Febr. Die Getreidebörse war heute bei sehr stillem Geschäft in fester Haltung; **Weizen** behauptet, **Roggen** ¼ M. höher, **Hafer** bei kleinen Umsätzen in festerer Tendenz, **Roggenmehl** wenig verändert, **Rüböl** auf höhere Notirungen von außerhalb und ungünstige Saatenstandsberichte beachtet und höher bezahlt, **Spiritus** loko schwach zugeführt und 40 Pf. besser bezahlt. Termine stellten sich bei mäßigen Umsätzen ebenfalls etwas höher.

Weizen (mit Ausschluß von Rauhweizen) per 1000 Kilo. Loko still. Termine still. Gekündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loko 185—198 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 196 M., bunter märkischer — ab Bahn bez., per diesen Monat — M., per Februar-März — bez., per März-April — bez., per April-Mai 197,75 bez., per Mai-Juni 198,5 bez., per Juni-Juli 199,5 bez.

Roggen per 1000 Kilogramm. Loko unverändert. Termine fast geschäftslos. Gekündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loko 162 bis 180 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 175 M., inländischer guter 174—175, feiner 176 bis 177 ab Bahn bez., per diesen Monat — bez, per Februar-März — bez., per März-April — bez., per April-Mai 173,5 bez., per Mai-Juni 170,25 bis 170 bez., per Juni-Juli 168,25 bez., per Juli-August 165 bez.

Gerste per 1000 Kilo. Flau. Große und kleine 140 bis 190 M. nach Qualität. Futtergerste 142—152 M.

Hafer per 1000 Kilo. Loko feiner fest. Termine höher. Gekündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loko 141 bis 158 Mark nach Qualität. Lieferungsqualität 145 M., pommerscher, preußischer und schlesischer mittel bis guter 142 bis 148, feiner 150—156 ab Bahn bez., per diesen Monat — bez., per Februar-März — bez., per März-April — bez., per April-Mai 147 bez., per Mai-Juni 147,75 bez., per Juni-Juli 148,5 bez., per Juli — bezahlt.

Mais per 1000 Kilogramm. Loko fest. Termine niedriger. Gekündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loko 142—151 M. nach Qualität, per diesen Monat — bez., per Februar-März — bez., per März-April — bez., per April-Mai 134,25—133,75 bez., per Mai-Juni — bez.

Erbsen per 1000 Kg. Kochwaare 150—180 M., Futterwaare 138—142 M. nach Qualität.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kg. brutto incl. Sack. Termine behauptet. Gekündigt — Sack. Kündigungspreis — M., per diesen Monat 24,7 bez., per Februar-März 24,45 bez., per März-April — bez., per April-Mai 23,85 bez., per Mai-Juni 23,45 bez., per Juni-Juli — bez., per Juli-August — bez.

Trockene Kartoffelstärke per 100 Kg. brutto incl. Sack. Loko —,— M.

Feuchte Kartoffelstärke per Februar —,— M.

Kartoffelmehl per 100 Kilogr. brutto incl. Sack. Loko —,— M.

Rüböl per 100 Kilo mit Faß. Steigend. Gekündigt — Zentner. Kündigungspreis — M. Loko mit Faß —, loko ohne Faß —, per diesen Monat 59,3 M., per April-Mai 59,4—59,7 bez., per Mai-Juni 59,6—59,8 bez., per September-Oktober 60,3 bis 60,6 bez.

Petroleum. (Raffinirtes Standard white) per 100 Kilo mit Faß in Posten von 100 Ztr. — M. Termine —. Gekündigt — Kilogr. Kündigungspreis — M. Loko — bez. Per diesen Monat — M., per September-Oktober — M., per Oktober-November — M., per November-Dezember — Mark.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe per 100 Ltr. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gekündigt — Ltr. Kündigungspreis — Mark. Loko ohne Faß 61,7 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Ltr. à 100 Proz. = 10 000 Ltr. Proz. nach Tralles. Gekündigt — Ltr. Kündigungspreis — M. Loko ohne Faß 49,8 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 10 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gekündigt — Ltr. Kündigungspreis — M. Loko mit Faß —, per diesen Monat —.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Fest und höher. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — M. Loko mit Faß —, per diesen Monat und per Februar-März — bez., per April-Mai und per Mai-Juni 48,7—49,2—49,1 bez., per Juni-Juli 49—49,5 bez., per Juli-August 49,5—50 bez., per August-September 49,3—49,7 bis 49,6—49,9 bez., per September-Oktober 45,4 bis 46 bez.

Weizenmehl Nr. 00 27,5—26, Nr. 0 25,75—24,25 bez. Feine Marken über Notiz bezahlt.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 24,75—24,00, do. feine Marken Nr. 0 u. 1 25,75—24,75 bezahlt, Nr. 0 1,50 M. höher als Nr. 0 und 1 per 100 Kilo Br. inkl. Sack.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterl. = 20 M. 1 Doll = 4¼ M. 1 Rub. = 3 M. 20 Pf., 7 fl. südd. W. = 12 M. 1 fl. österr. W. = 2 M. 1 fl. holl.-W. = 1 M. 70 Pf., 1 Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf.

Bank-Diskonto — Wechsel v. 19.

Amsterdam	3½	8 T.	168,55 B.
London	3	8 T.	$20,35^5$ bz
Paris	3	8 T.	80,65 bz
Wien	4	8 T.	177,30 bz
Petersburg	5	3 W.	237,00 bz
Warschau	5	8 T.	237,65 bz

in Berlin 3. Lombard 3½ u. 4.

Geld, Banknoten u. Coupons.

Souvereigns	
20 Francs-Stück	16,15 G.
Gold-Dollars	4,1775 G
Engl. Not. 1 Pfd. Sterl.	20,355 G.
Franz. Not. 100 Frcs.	80,95 bz
Oestr. Noten 100 fl.	177,35 bz
Russ. Noten 100 R.	237,90 bz

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Dtsche. R.-Anl.	4	106,30 bzB.
do. do.	3½	98,50 bzG.
do. do.	3	86,30 bzG.
Prss. cons. Anl.	4	105,75 G.
do. do.	3½	98,50 bzG.
do. do.	3	86,30 G.
Sts.-Anl. 1868	4	102,25 bz
Sts-Schld-Sch.	3½	99,80 bz
BerlStadt-Obl.	3½	96,80 bzG.
do, do. neue	3½	96,80 bzG.
Posener Prov.-Anl.-Scheine	3½	95,50 G.
Pfandbriefe: Berliner	5	116,70 bz
do.	4½	111,00 G.
do.	4	104,40 bz
do.	3½	97,00 bzG.
Ctrl. Ldsch	4	
do. do.	3½	97,00 bzG.
Kur. u. Neumrk. neue	3½	96,90 bz
do.	4	103,25 bz
Ostpreuss	3½	96,60 bz
Pommer.	3½	97,60 bzG.
do.	4	
Posensch.	4	101,80 bz
do.	3½	96,80 bz
Schl. altl.	3½	
do. do.	4	
ldschl. Lt.A.	3½	97,60 bzG.
do.	4	
do. do. neu	3½	97,75 G.
do. do. I. II.	4	
Wstp. Rittr	3½	96,90 bz
do. neul. II.	3½	96,90 bz
Renten: Pommer.	4	103,20 bzG.
Posensch.	4	103,20 bzG.
Preuss.	4	
Schles.	4	103,20 bz G.
Ba. Eisenb.-A.	4	
Bayer. Anleihe	4	105,75 bzG.
Brem. A. 1890	3½	97,40 G.
Hmb. Sts. Rent.	3½	98,60 bzG.
do. do. 1886	3	85,40 bzG.
do. amortAnl.	3½	98,20 G.
Sächs. Sts. Anl.	4	
do. Staats-Rnt	3	86,90 bz
Prss. Präm-Anl	3½	171,50 bz
H.-Pr.-Sch. 40T.	—	328,50 bz
Bad Präm.-An.	4	141,20 G.
Bayr Pr.-Anl.	4	143,50 G.

Brnsch. 20. T.L.	—	105,98 bz
Cöln-M. Pr.-A	3½	138,30 bz
Dess. Präm.-A.	3½	137,50 G.
Ham. 50 T.-L.	3	139,55 bz
Lüb. 50 T.-L.	3½	132,75 bz
Mein. 7 Guld-L.	—	27,80 B.
Oldenb. Loose	3	129,60 G.

Ausländische Fonds.

Argentin. Anl.	5	70,20 bz
do. do.	4½	54,30 bz
Bukar. Stadt-A.	5	98,10 bzG.
Buen. Air. G.-A.	5	68,75 bz
Chines. Anl.	5½	100,10 G.
Dän. Sts.-A. 86.	3½	94,40 bz
Egypt. Anleihe	3	
do. do.	4	98,75 bz
do. 1890	3½	93,20 bz
do. Daira-S.	4	97,30 bz
Finnländ. L.	—	60,40 bzG.
Griech. Gold-A	5	91,25 bzG.
do. cons Gold	4	70,20 bzB.
do. Pir.-Lar.	5	90,90 bzB.
Italien. Rente	5	95,20 bzG.
Kopenh. St.-A.	3½	94,75 G.
Lissab. St. A. I. II.	4	74,50 bzG.
Mexikan. Anl.	6	93,25 G.
Mosk. Stadt-A.	5	75,00 G.
Norw. Hyp-Obl	3½	
do. Conv. A. 88.	3	87,20 bz
Oest. G.-Rent.	4	97,60 bzG.
do. Pap.-Rnt.	4⅕	
do. do.	5	
do. Silb.-Rent.	4⅕	81,25 bzG.
do. 250 Fl. 54.	4	120,50 bz
do. Kr. 100 (58)	—	333,75 bzG.
do. 1860er L.	5	125,75 bzB.
do. 1864er L.	—	330,10 bzG.
Poln. Pf-Br. I-IV	5	74,20 bz
do. Liq.-Pf.-Br.	4	71,75 bz
Portugies. Anl. 1888—89	4½	85,00 B.
Raab-Gr. Pr.-A.	4	105,00 B.
Röm. Stadt-A.	4	89,50 G.
do. II. III. VI.	4	84,60 bzG.
Rum. Staats-R.	4	87,60 bz
do. do. fund.	5	101,70 bz
do. do. amort.	5	100,00 G.
do. do. Rente	4	87,25 bzG.
Rss. Engl. A. 1822 (1 Pfd. Stl. gl. 20 M.)	5	
do. 1859	3	90,80 bz
cons. 1871		
do. 1872		
do. 1873		
do. 1875	4½	102,00 G.
do. 1889	4	
do. 1880	4	99,25 bz
Russ. Goldrent	6	107,70 G.
do. 1884 stpfl.	5	107,30 bzG.
I. Orient 1877	5	76,10 bzB.
II. Orient 1878	5	76,60 bz
III. Orient 1879	5	77,70 B.
Nikolai-Obl.	4	
Pol. Schatz-O.	4	95,00 bz
Prä.-Anl. 1864	5	177,00 B.
do. 1866	5	167,75 G.
Bodkr.-Pfdbr.	5	111,50 B.
do. neue	4½	103,50 bzG.
Schwedische	3½	95,30 bz
Schw. d. 1890	3½	95,10 B.
do. 1888	3	85,80 G.

Schw. Hyp.-Pf.	4½	102,40 G.
Serb. Gld-Pfdb.	5	94,80 bzG.
do. Rente	5	92,50 bzG.
do. do. neue	5	91,00 bzG.
Stockh. Pf. 87.	4	99,80 bz
do. St.-Anl. 87	3½	93,00 bzG.
Span. Schuld	4	77,30 bzG.
Türk. A. 1865 in Pfd. Sterl. cv.	1	
do. do. B.	1	25,40 G.
do. do. C.	1	19,25 B.
do. Consol. 90	4	77,40 bz
do. Zoll-Oblig	5	
Trk. 400 Frc.-L.	4½	80,80 bz
do. EgTrib-Anl	4	99,50 bz
Ung. Gld-Rent.	4	93,30 G.
do. Gld.-Inv.-A.	5	103,30 bzG.
do. do do.	4½	101,40 bzB.
do. Papier-Rnt.	5	89,50 B.
do. Loose	—	258,90 bz
do. Tem-Bg.-A.	5	
Wiener C.-Anl.	5	106,00 bzG.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastr.	2⅝	72,60 bz
Altenbg.-Zeitz	$8^{4}/_{15}$	
Crefelder	4½	102,50 bz
Crefld-Uerdng	0	42,50 bz
Dortm.-Ensch.	3¾	101,50 bz
Eutin-Lübeck	1½	53,90 bz
Frnkf.-Güterb.	½	96,50 bzG
Ludwsh.-Bexb.	9⅘	228,75 B.
Lübeck-Büch.	7¾	168,25 bz
Mainz-Ludwsh	4⅔	119,70 bz
Marnb.-Mlawk.	⅛	64,10 bz
Meckl Fr. Franz		
Ndrschl.-Märk.	4	101,00 G.
Ostpr. Südb.	3	89,00 bz
Saalbahn	⅛	41,00 G.
Stargrd-Posen	4½	102,25 G.
Weimar-Gera	0	24,60 G.
Werrabahn	3	76,30 bz
Albrechtsbahn	1	37,00 G.
Aussig-Teplitz	18½	461,50 bz
Böhm. Nordb.	7	124,25 bz
do. Westb.	7½	
Brünn. Lokalb.	5½	
Buschtherader	8	221,50 B.
Canada Pacifb.	3	74,75 bz
Dux-Bodenb.	7½	246,40 G.
Galiz. Karl-L.	4	
Graz-Köflach	7	124,00 bz
Kaschau-Od.	4	77,90 B.
Kronpr. Rud.	4¾	91,75 bz
Lemberg-Cz.	6¾	104,10 G.
Oesterr. Franz.	2,70	
do. Lokalb.	4	79,25 B.
do. Nordw.	4¾	95,50 bz
do. Lit. B. Elb.	5½	102,75 G.
Raab-Oedenb.	½	30,50 bzG.
Reichenb.-P.	3,81	79,50 bz
Südöstr. (Lb.)	1⅗	59,10 bz
Tamin-Land	0	
Ungar.-Galiz.	5	88,25 bz
Balt. Eisenb.	3	70,30 bz
Donetzbahn	5	103,50 bz
Ivang. Domb.	5	103,80 G.
Kursk-Kiew	10…	
Mosco-Brest	3	74,20 bz
Russ. Staatsb.	5	131,25 B.
do. Südwest.	5⅜	87,00 bz

Warsch-Teres	5	104,90 bzB.
do. Wien.	15	235,00 bz
Weichselbahn	5	78,40 bz
Amst.-Rotterd.	$6^{2}/_{5}$	136,25 bz
Gotthardbahn	$7^{1}/_{5}$	156,25 bz
Ital. Mittelm.	5⅓	103,20 B.
Ital. Merid.-Bah	$7^{1}/_{5}$	
Lüttich-Lmb.	0,45	27,90 bz
Lux. Pr. Henri	2,30	641,0 bz
Schweiz. Centr	$6^{3}/_{5}$	
do. Nordost	6	162,40 bz
do. Unionb.	5	
do. Westb.		85,50 bz
Westsicilian.	4	68,75 bz

Eisenb.-Stamm-Priorität.

Altdm-Colberg	4½	112,80 G.
Bresl-Warsch.	2¼	56,40 bz
Czakat.-St.-Pr.	5	102,60 bz
Dux-BodnbAB.		
Paul-Neu-Rup.	4½	
Prignitz	4½	
Szatmar-Nag.	5½	88,75 bz
Dortm.-Gron.	4½	114,50 bzG
MarienbMlawk	5	110,50 G.
Mecklb. Südb.	4	32,25 G.
Ostpr. Südbah	5	114,25 B.
Saalbahn	5	168,50 B.
Weimar-Gera	3½	98,50 bz G.

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.

Berg-Märkisch	3½	97,50 G.
Berl. Potsd.-M.	4	101,00 G.
BrslSchwFrbH		
Bresl.-Warsch	5	
Mz Ludwh 68/9	4	
do. 90	3½	96,70 bzG.
Meckl Fr. Franz	3½	
Nied-Märk III. S		
Oberschl. Lit. B	3½	
do. Lit. E	3½	97,20 bz G.
do. Em. v. 1879	4½	
doNiedrsZwg	3½	
do (StargPos)	4	100,90 G.
OstprSüdb I-IV	4½	
Rechte Oderuf		
Albrechtsb gar	5	92,10 bz G.
BuschGold-Ob	4½	
Dux-Bodenb. I.	5	
Dux-PragG-Pr.	5	107,60 G.
do.	4	100,60 G.
Franz.-Josefb.	4	
Gal KLudwg. g.	4½	88,40 G.
do. do. 1890	4	85,00 bz
Kasch-Oderb. Gold-Pr. g.	4	98,40 G.
Kronp Rudolfb	4	86,10 G.
do. Salzkammg	4	100,90 B.
Lmb Czernstfr	4	81,40 G.
do. do. stpfl.	4	
Oest. Stb. alt, g	3	85,50 B.
do. Staats-I. II	5	107,50 bz
do. Gold-Prio.	4	100,60 bz G
do. Lokalbahn	4½	85,60 G.
do. Nordwestb	5	94,40 G.
do. NdwB. G.-Pr	5	108,00 G.
do. Lt. B. Elbth.	5	94,00 bz
Raab-Oedenb. Gold-Pr.	3	71,25 bz

Reichenb.-Prior. (SNV)	5	
do. Gold-Prior.	5	
Südost. B. (Lb.)	3	68,50 B.
do. Obligation.	5	104,70 G.
do. Gold-Prior.	4	99,00 bz
Baltische gar.	5	99,50 bzB.
Brest-Grajewo	5	99,75 G.
Gr. Russ. Eis. gar.	3	83,80 G.
Ivang.-Dombr. g.	4½	102,25 bzG.
Kozlow-Wor. g.	4	95,20 bz
Kursk-Chark. 89	4	95,50 bz
do. Chark. As. (O)	4	94,50 G.
do. (Oblig.) gar.	4	
Kursk-Kiew conv	4	95,40 G.
Losowo-Sebast.	5	98,90 bz
Mosco-Jaroslaw	5	76,30 bz
do. Kursk gar.	4	90,00 G.
do. Rjäsan gar.	4	96,60 bz
do. Smolensk g.	5	101,10 bz
Orel-Griasy conv	4	94,50 bz
Poti-Tiflis gar.	5	
Rjäsan-Koslow g	4	95,30 G.
Rjaschk-Morozg	5	100,80 bz
Rybinsk-Bolog.	5	98,40 bz
Schuja-Ivan. gar.	5	100,80 bzG.
Südwestb. gar.	4	96,40 bzG.
Transkaukas. g.	3	85,60 bzG.
Warsch.-Ter. g.	5	102,75 bz
Warsch-Wien n.	4	98,70 bz
Wladikawk. O. g.	4	96,30 bzG.
Zarskoe-Selo	5	94,80 G.
Anatol. Gold-Obl	5	89,40 bzG.
Gotthardbahncv.	4	102,25 bz
Ital. Eisenb.-Obl.	3	57,80 bzG.
Serb. Hyp.-Obl.	5	96,00 bzG.
do. Lit. B.	5	93,80 bzG.
Süd-Ital. Bahn	3	60,70 bzB.
Central-Pacific	5	
Ilinois-Eisenb.	4	94,40 G.
Manitoba	4½	98,40 G.
Northern Pacific	6	113,50 bzG.
San Louis-Francisco	6	
Southern Pacific	6	108,25 G.

Hypotheken-Certifikate.

Danz. Hypoth.-Bank	3½	
Dtsche. Grd.-Kr.-Pr. I	3½	112,25 G.
do. do. II.	3½	108,80 bz G
do. do. III. abg.	3½	98,00 G.
do. do. IV. abg.	3½	98,10 G.
do. do. V. abg.	3½	93,00 G.
do. Hp. B. Pf. IV. V. VI.	5	110,80 G.
do. do.	4	101,10 bzG.
do. do.	3½	94,75 G.
Hmb. Hyp. Pf. (rz. 100)	4	101,00 bz
do. do. (rz. 100)	3½	94,00 bz
MeiningerHyp Pfdbr.	4	101,00 bz G
do. Pr.-Pfdbr.	4	129,60 B.
Pomm. Hypoth.-Akt.		
B.-Pfandbr. III. u. IV.	4	100,50 bz G
PrB.-Grunkb (rz 110)	5	113,60 bz
do. Sr. III. V. VI. (rz 100)	5	107,50 B.
do. do. (rz. 115)	4½	114,70 G.
do. do. X. (rz. 110)	4½	111,75 bz
do. do. (rz. 100)	4	100,70 B.
Pr. Centr.-Pf. (rz. 100)	4	101,40 bz G
do. do. (rz. 100)	3½	95,00 bz G.
do. do. kündb.	4	
Pr. Centr.-Pf. Com-O	3½	94,70 bz G.

Pr. Hyp.-B. I. (rz. 120)	4½	
do. do. VI. (rz. 110)	5	
do. div. Ser. (rz. 100)	4	101,00 bzG
do. do. (rz. 100)	3½	95,00 bzG
Prs. Hyp.-Vers.-Cert.	4½	
do. do. do.	4	101,10 bzG
do. do. do.	3½	94,30 bzG
Schles. B.-Cr (rz, 100)	4	100,70 G.
do. do. (rz. 100)	3½	95,10 G.
Stettin, Nat.-Hyp.-Cr.	5	103,[illegible] G.
do. do. (rz. 110)	4½	103,00 bz
do. do. (rz. 110)	4	100,00 B.
do do (rz, 100)	4	99,00 bz

Bankpapiere.

B. f. Sprit-Prod. H	2½	72,50 bzG.
Berl. Cassenver.	6	136,25 G.
do. Handelsges.	12	160,50 bz
do. Maklerver.	10	130,25 bzG.
do. Prod-Hdbk.	—	
Börsen-Hdlsver.	12	162,00 bz
Bresl. Disc.-Bk.	7	106,25 bzG.
do. Wechslerbk.	7	104,30 G.
Danz. Privatbank	8¼	
Darmstädter Bk.	10½	155,30 bz
do. do. junge		
Deutsche Bank	10	163,50 bzB.
do. Genossensch	8	120,10 bzG.
do. Hp. Bk. 60 pCt.	6¼	112,50 bzG.
Disc.-Command.	14	216,40 bz
Dresdener Bank	11	159,10 bzG.
Gothaer Grundcreditbank	0	89,00 bzG.
Internat.-Bank	9	107,50 bzG.
Königsb. Ver.-Bk	6	100,10 bzG.
Leipziger Credit	12	202,25 G.
Magdeb. Priv.-Bk	5⅔	105,10 G.
Maklerbank	9	126,10 bzG.
Mecklenb. Hyp. u. Wechs.	7½	130,25 G.
Meininger Hyp.-Bank 50 pCt.	5	103,80 G.
Mitteld. Crdt.-Bk.	7	113,00 bzB.
Nationalbk. f. D.	10	137,80 bzG.
Nordd. Grd.-Crd.	0	88,25 G.
Oester. Credit-A.	$10^{5}/_{8}$	
Petersb. Disc.-Bk	19	
do. Intern. Bk.	15	
Pom. Vorz.-Akt.	—	106,10 bzG.
Posen. Prov.-Bk.	6	
Pr. Bodencr.-Bk.	6½	122,25 bzG.
do. Cnt-Bd. 50 pCt	10	154,10 bz
do. Hyp.-Akt.-Bk.	6½	121,50 G.
do. Hyp.-V. A.-G. 25 pCt.	8	107,00 bzB.
do. Immob.-Bank 80 pCt.	7½	380,50 G.
do. Leihhaus	10	113,50 bz
Reichsbank	7	140,30 bzB.
Russische Bank	6⅕	85,10 bzG.
Schles. Bankver.	8	122,90 bzG.
Warsch Comrzb.	9	
do. Disconto	8¼	94,30 bz B.

Industrie-Papiere.

Allg. Elekt.-Ges.	10	187,25 bzG.
Anglo Ct. Guano	12½	158,75 bz
Bauges. Berl.-Charl.	4	143,25 bzG.
Bauges. City St.-Pr.	5	80,00 B.
Bauges. Dtsche. Bau.	3¼	86,30 bz
Bauges. Hann. St.-P.	4	79,90 bz

Bauges. Humb.	8	122,50 B.
Moabit	7	117,00 B.
Passage	5½	76,50 bzG.
U. d. Linden	0	25,60 bz
Berl. Elektr-W.	10	183,25 bzG.
Berl. Lagerhof	0	93,75 bz
do. do. St.-Pr.	5	118,75 bz
Ahrens Br., Mbt	0	57,00 bz
Berl. Bock-Br.	0	72,50 bz
Schultheiss-Br	16	287,50 bzG.
Bresl. Oelw.	4¾	172,75 bzB.
Deutsch. Asph.	3	72,60 bzG.
DynamitTrust.	8½	159,10 G.
Erdmannsd. Sp	6½	92,25 G.
Fraust. Zucker	0	100,50 G.
Glauz. do.	8⅔	120,60 bz
GummiHarbg.-Wien	29	279,00 G.
do. Schwanitz	14½	187,00 bzG.
doVoigtWinde	6	136,00 G.
do. Volpi Schlüt	6½	104,60 G.
HemmoorCem	13	134,00 B.
Köhlm. Strk.	14	219,00 B.
Körbisdf. Zuck.	5	112,00 bzG.
Löwe & Co.	18	303,00 G.
Bresl. Linke	12	174,00 bzG.
do. Hofm.	12	169,00 bz
Germ-Vrz.-Akt	—	102,50 bzG.
Görlitz cv.	13	152,50 B.
Görl. Lüdr	13	174,75 G.
Grusonwrk.	5	155,10 bzG.
H. Paucksch	8	98,00 bzG.
Schwarzkopff.	16	270,00 bzG.
Stettin. Vulk.-B	0	114,40 bzG.
Sudenburg	20	278,00 bzG.
O.-Schl. Cham.	10	125,00 bzG.
do. Portl.-Cem	10	116,00 bz
OppelnCem-F.	7	106,25 bzG.
do. (Giesel)	10	118,00 B.
Gr. Berl. Pferdb	12½	249,50 bzG.
Hamb. Pferdeb	5	122,50 B.
Potsd. cv Pfdrb	5½	113,[illegible] bz
Posen. Sprit-F.	4	
Rositzer Zuck.	7	85,25 bzG.
Schles. Cem.	14½	139,20 bz
StettBred. Cem	7	128,00 bzB.
do. Chamott.	25	239,25 bzG.
Bgw. u. H.-Ges.		
Aplerbecker	12	172,90 bzG.
Berzelius	6½	118,50 G.
Bismarckhütte	18	156,50 bzG.
BochGussst-F.	10	143,90 bz
Donnersmrck	4	106,50 bz
Dortm. St-Pr. A	4	82,00 bzG.
Gelsenkirchen	7	174,80 bz
Hibernia	8½	189,10 bz
Hörd St.-Pr.-A.	—	59,00 bzB.
Inowracl. Salz	0	42,00 bzG.
König u. Laura	11	136,00 bzB.
Lauchham. cv.	13	145,90 bz
Louis. TiefStPr	3	162,75 bz
Oberschl. Bd.	6	86,00 G.
do. Eisen-Ind.	14	151,75 bzG.
Redenh. St.-Pr.	7	75,50 bz
Riebeck. Mont.	15	186,50 bzG.
Schles. Kohlw.	0	60,50 bzG.
do. Zinkhütt.	13	185,80 bz
do. do. St.-Pr.	13	185,50 bz
Stolb. Zk.-H.	2½	67,00 bzB.
do. St.-Pr.	7½	127,75 B.
Tarnowitz cv.	0	
do. do. St.-Pr.	7	68,25 B.

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker & Comp. (A. Röstel) in Posen